

## Medienmitteilung

Thema	Budget 2021 der Stadt Bern
Für Rückfragen	Peter Ammann, 079 222 71 90, <a href="mailto:peter.ammann@grunliberale.ch">peter.ammann@grunliberale.ch</a> Maurice Lindgren, 079 765 37 00, <a href="mailto:maurice.lindgren@gmail.com">maurice.lindgren@gmail.com</a>
Absender	Grünliberale Fraktion Stadt Bern, 3000 Bern <a href="mailto:bern@grunliberale.ch">bern@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.bern.grunliberale.ch">www.bern.grunliberale.ch</a>
Datum	4. Juni 2020

**Die Grünliberalen nehmen die Publikation des Budgets 2021 sowie des IAFP 2021 – 2024 zur Kenntnis und werden die Vorschläge vertieft prüfen. Das Ausmass der teilweise einschneidenden Massnahmen ist Zeichen dafür, dass die finanzpolitischen Hausaufgaben bereits seit mehreren Jahren nicht seriös gemacht wurden. Corona zwingt den Gemeinderat nun zur überfälligen strategischen Aufgabenüberprüfung sowie zur Rückkehr zu einer Budgetierung nach dem Vorsichtsprinzip.**

Die Grünliberalen teilen die Erkenntnis des Gemeinderates, dass Corona zu einer beispiellosen finanziellen Unsicherheit führt. Allerdings sind die Schwierigkeiten in Bern mitverschuldet durch die ungebremste Ausgabenpolitik der vergangenen Jahre. Mit den nun angekündigten Überprüfungen will der Gemeinderat den Haushalt um 35 bis 45 Mio. entlasten. Damit wird nicht nur auf die Corona-Krise reagiert, sondern zum Teil auch auf Fehlentwicklungen aus der Vergangenheit. Im Vergleich zu den überbordenden Voranschlägen 2017 bis 2020 sind nun einschneidende Massnahmen ersichtlich.

Bei der Überprüfung der Investitionen tauchen erfreulicherweise zwei alte Forderungen der Grünliberalen auf: Der Verzicht oder die Verschiebung von Leuchtturm-Projekten und nice-to-have-Bauten entsprechen der von uns stets geforderten Priorisierung auch nach finanziellen Aspekten. Dennoch rutscht der geplante Selbstfinanzierungsgrad auf erschreckend tiefe 26% ab. Dies ist aber im Sinne einer antizyklischen Finanzpolitik vorübergehend in Kauf zu nehmen.

Die voraussichtlichen Defizite wird die Stadt dank des von den Grünliberalen eingeforderten und nun vorhandenen Eigenkapitals für wenige Jahre tragen können. Für die Zukunft fordern die Grünliberalen eine konsequent antizyklische Finanzpolitik, um auch zukünftigen Generationen gesunde Stadtfinanzen übergeben zu können. Statt eines ungebremsten Aufgabenausbaus in guten Zeiten müssen Überschüsse geschrieben werden, um dann davon in mageren Jahren zehren zu können. Nur damit ist die Finanzierung von Staatsaufgaben und Investitionen auch in Krisenzeiten gesichert und sind Aktionismus und Sparpakete unnötig. Mit den Sparmassnahmen im Budget 2021 büsst die Stadt Bern für Fehler aus der Vergangenheit.